

Bezugspreis:

Wochenpreis 180.— M., monatlich 60.— M., drei Monate 180.— M., sechs Monate 360.— M., ein Jahr 720.— M.

Telegraphen-Adresse:

„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die einpaaltige Anzeigenzeile kostet 25.— M., Kleinanzeigen 125.— M.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft...

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Fernsprecher: Dönhoff 292-295 und 2506-2507

Sonnabend, den 22. Juli 1922

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW 68, Lindenstr. 3

Fernsprecher: Verlag, Hauptexpedition u. Anzeigenteilung: Dönhoff 2506-2507

Poincaré gegen das Garantiefomitee.

Paris, 22. Juli 1922. (WTB.) Die Morgenblätter veröffentlichen weitere Nachrichten über den Inhalt der Weisungen, die Ministerpräsident Poincaré dem französischen Vertreter im Reparationsausschuß, Dubois, angedeutet hat.

Der französische Ministerpräsident spricht alsdann in seinem Memorandum von den Heilmitteln. Er lehnt die Vorschläge des Garantiefomitees ab und erklärt, daß die Unternehmung ungenügend sei.

England ist überrascht.

London, 22. Juli. (WTB.) Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ schreibt, die Nachricht, daß Poincaré, ohne die Fertigstellung des Berichts der Garantiekommision abzuwarten, den französischen Vertreter in der Reparationskommission ersucht hat, alle Akzente aufzuführen, eine absichtliche Richterfällung durch das Deutsche Reich und ein Moratorium von höchstens sechs Wochen zu erklären, hat in London einigermaßen überrascht.

bisher faktisch genau kontrollierbare Auskunft

über den Ausgleich des Budgets und der Handelsbilanz während der letzten fünf Monate habe erhalten können. Was das Budget betreffe, so ergebe sich klar, daß gerade in den letzten fünf Monaten bei einer Gesamtsumme von 173 Milliarden Mark man nur ein Defizit von 3 Milliarden feststellte.

In Wirklichkeit kämen die Hauptschwierigkeiten, in die die deutsche Regierung geraten sei, vor allen Dingen von einer schlechten Verwaltung.

Außerordentliche Ausgaben seien gemacht worden. Man sei sogar soweit gegangen, das Eisenbahnen durch Linien zu vervollkommen, die nur ein strategisches Interesse hätten und die Deutschland vorstellungen von der Bolschewikerkonferenz eingetragen haben.

Der Kampf ums Brot.

Ueber den Auseinandersetzungen bei den Deutschnationalen ist außer acht gelassen worden, daß noch andere Ursachen als die Stellung zur deutschvölkischen und zur Verschwörerpolitik in ihren Reihen zum Sprengpulver geworden sind.

Der Landbund und seine politischen Freunde in den Staatsparlamenten und im Reichstag haben draußen seit Monaten ihre ganze Agitation auf den großen Schour eingestellt: Rieber mit der Getreideumlage! Unter diesem Schlagtruf ist die deutschnationalistische Propaganda um verschiedene Konflikte mit ihren ländlichen Anhängern herumgelommen.

Der Kampf gegen die Getreideumlage war die Kraftprobe des Reichslandbundes und seiner politischen Freunde. Fiel die Getreideumlage, dann war man für dieses Jahr der Parteiforgen draußen auf dem Lande ledig.

Jetzt kam der Sturm, den Fischer und Kern entfesselt hatten. Die Getreideumlage wurde im Reichstage angenommen. Nun ist Rot im Lande.

Hundert- ja tausendmal war in den Landbundesversammlungen, in den Bundeszeitungen und in der deutschnationalen Presse verprochen worden, daß bei einer Annahme des Gesetzes mit allen Mitteln dagegen angelassen werden würde.

Jetzt mindert und dreht sich der Reichslandbund. Er erläßt an alle Kreislandbünde zur Umlage eine Weisung, in der er betont, daß es jetzt heiße, nachdem die Getreideumlage angenommen sei, die Landwirtschaft mit allen zu Gebote stehenden Mitteln, besonders in Berücksichtigung aller anderen zusammenstreichenden Mißstände vor dem Ruin zu schützen.

Was soll das heißen? Der Freiherr v. Richthofen, der diese Weisung unterschrieben hat, deutet es nur an. Heißt es doch in der Weisung weiter:

Deshalb muß es Aufgabe der Landbünde sein, jeden Landwirt gegen zu hohe Veranlagung durch sofortigen begründeten Einspruch in den Beschwerdeauschüssen zu schützen und ihn zu vertreten.

Man will also entgegen aller demagogischen Zusicherungen mitarbeiten, d. h. nicht etwa ehrlich, damit die minderbemittelte Bevölkerung ein preiswertes Brot bekommt, sondern demagogisch, um die Durchführung des Gesetzes zu erschweren.

Die Agrarier wissen selbst, daß ihnen kein vernünftiger Mensch glaubt, daß sie an der Erfüllung der Getreideumlage sterben werden. Sie sind sich aber darüber klar, daß das Im-

Deutsch-polnisches Vorabkommen.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen in Warschau haben am 20. Juli zum Abschluß eines Vorabkommens geführt. Die hauptsächlichsten Bestimmungen dieses Abkommens lauten:

- 1. Die deutsche Regierung verpflichtet sich, Gesuche um Ausfuhr nach Polen ebenso zu behandeln wie die Ausfuhr nach allen anderen Ländern. 2. Polen verpflichtet sich, Deutschland den Transit durch Polen nach Rußland zu gewähren.

Korfanty erledigt.

Die Nachricht von dem Rücktritt Bilsudskis bestätigt sich nicht. Amlich wird vielmehr gemeldet, die Wahl Korfantys zum Ministerpräsidenten sei erledigt, da ihm auch der Klub der Verfassungsfrunde seine weitere Unterstützung versagt habe.

Ein Kabinett Orlando?

Rom, 22. Juli. (EE.) Orlando wurde beauftragt, das neue Kabinett zu bilden. Es besteht die Absicht, ein Koalitionskabinett auf breiter Grundlage, jedoch unter Ausschluß der äußersten Rechten und der äußersten Linken zu schaffen.

Mailand, 22. Juli. (EE.) Der hiesige Generalkriegsrat ist ohne Zwischenfall beendet worden.

Die Kohlenlieferungen.

Paris, 22. Juli. (EP.) Die Reparationskommission hat gestern beschlossen, daß Deutschland in den Monaten August bis Oktober 1 725 000 Tonnen Kohle und Koks zu liefern haben wird, darunter 620 000 Tonnen Koks und 1 100 000 Tonnen Steinkohle für Koksbereitung.

Falls sich in den betreffenden drei Monaten die deutsche Kohlenlieferung auf über 3 300 000 Tonnen stellt, sollen von dem Ueberchuß 20 Proz. außer den genannten 1 725 000 Tonnen geliefert werden.

Paris, 22. Juli. (EP.) Das beratende Komitee für Sachleistungen beschloß gestern, daß für die Sachleistungen ein besonderer Tarif in Anwendung kommen wird, der in allererster Zeit veröffentlicht werden und zur Durchführung gelangen wird.

Die Amsterdamer Konferenz.

Die Amsterdamer Konferenz, die beauftragt Vertreter der Gewerkschaftsinternationale, der Wiener Arbeitsgemeinschaft und der Zweiten Internationale vereinigte, hat beschlossen, eine Kommission zur Prüfung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands einzusetzen.

Bon Genossen Wels wurde der Plan eines Weltkongresses, der Vertreter aller drei Internationalen umfassen soll, in die Debatte geworfen. Nach den bisherigen Absichten ist eine Konferenz der Wiener Arbeitsgemeinschaft für den September in Karlsbad, ein Arbeiter- und Sozialistenkongress in Hamburg für den 8. bis 13. Oktober geplant.

Das Exekutivkomitee der Zweiten Internationale tritt am 12. August in Prag zusammen.

lagegesetz dem Reiche genügend Machtmittel gibt, um den Landwirt an die Erfüllung der auferlegten Pflicht zu halten. Deswegen heißt es: Davieren und Zeit gewinnen. Der jetzt befolgte Taktik innerster Kern ist, die Durchführung der Getreideumlage soweit als irgend möglich hinauszuziehen, denn damit werden die freien Marktpreise hoch getrieben, nicht nur der Umlagepreis wird in diese Entwicklung mitgezogen, auch der Weizen der Deutschenationalen blüht dann wieder. Und das erscheint jenen Drahtziehern bitter nötig.

Der Landesvorstand des Bundes der Landwirte in Bayern verkündet, in der gleichen Richtung arbeitend, jetzt nochmals, daß man an der Durchführung des Gesetzes nicht mitarbeiten wolle. Dann heißt es weiter: „Der Tatsache aber, daß das Getreideumlagegesetz nun gegen unseren Willen zur Durchführung kommt, können wir uns nicht verschließen. Wenn wir auch nicht mithelfen werden zur willigen Erfüllung der hieraus sich ergebenden Lasten, so muß es doch unsere Aufgabe sein, durch eine zweckdienliche Mithilfe unseren Mitgliedern diejenigen Möglichkeiten für ihre Wirtschaften zugänglich zu machen, die das Gesetz zuläßt. Dazu gehört u. a. die Einflussnahme auf die Preisgestaltung über den ersten Ablieferungstermin hinaus. Dazu gehört die tätige organisatorische und juristische Mithilfe.“

Für die Reichsregierung ist nunmehr das Kampffeld klar zu überblicken. Alle Erklärungen des Reichslandbundes und seiner Einzelorganisationen beweisen, daß die am Staats- und Reichsmittel interessierten Bauern gegenüber der Demagogie der Landbundführung unterlegen sind. Die angekündigte Mitarbeit ist eine Konzession an sie, soll sich aber gegen ihren Willen auswirken. Das Umlagegesetz gibt der Regierung die Kraft, die sie braucht zur Durchführung des Ernährungsplanes. Jetzt heißt es zupacken. Wir wiesen schon in unserer heutigen Morgenausgabe darauf hin, daß der Vorstand des oberbayerischen Landbundes es sich sogar leistet, im amtlichen Kreisblatt für den Kreis Simmern offen zum Kampfe gegen die Getreideumlage aufzufordern. Hier muß die Entscheidung fallen.

Die Drahtzieher des Reichslandbundes wissen, daß sie gegen das Gesetz, wenn es ernst angewendet wird, nicht aufkommen. Sie wissen, daß sie dann auch von ihren vernünftigen Mitgliedern und Anhängern nicht unterstützt werden, weil sich jene darüber klar sind, daß ein wilder Brotpreis einen Dolchstoß in den Rücken des deutschen Volkes bedeutet. Es wird sich die Front der Freunde Deutschlands bilden, gegen die auch die wildeste deutschnationale Phrase nicht aufkommt.

Erst gestern hat im Preussischen Staatsrat bei der Beratung der preussischen Getreideumlage der Zentrumsvertreter, der Gutsbesitzer Pauli-Rheinprovinz erklärt, daß die dem Zentrum nahestehende Landwirtschaft die Umlage lokal durchführen werde.

Regierung, bleibe hart! Das deutsche Volk braucht das Brot, es kann nur einen erschwärzten Preis dafür zahlen. Diese Einsicht wächst auch bei den städtischen Deutschnationalen, die aus ehrlicher Ueberzeugung der Vergangenheit noch nachhängen. Auch sie werden jede Bestrafung, sie werden das schärfste Zugreifen des Staates gegen die Störer der Getreideumlage begrüßen. Es darf nicht gewartet werden, bis sich die heimtückische und zugleich feige Politik, die jetzt in allen Organen des Reichslandbundes sich ankündigt, zur Auswirkung kommt. Die ersten, die es wagen, gegen die Getreideumlage und ihre Durchführung anzukämpfen, sie muß die volle Schwere des Gesetzes treffen, sie sind Anhänger einer wirtschaftlichen Organisation Consul, sie müssen aus den Reihen der freien Staatsbürger ausgemerzt werden.

Steuerefreiheit für Blinden-Führhunde. Wie der amtliche preussische Pressefiskus mitteilt, soll für Führhunde von Blinden und für Leitdiensthunde nach einer gemeinsamen Verfügung des Ministers des Innern und des Finanzministers grundsätzliche Steuerfreiheit gewährt werden. Entsprechend soll einem Wunsch des Justizministers zufolge Waghunden gegenüber, die in Gefangenenanstalten verwendet werden, verfahren werden.

Die kühle Blonde.

Wenn früher in der heißen Jahreszeit die Sonne den echten oder gut imitierten Berliner verlangte, so dachte er in erster Linie an seine „kühle Blonde“. Die kühle Blonde war die Geliebte des Spreewälders. Bisweilen nannte er sie „Kleene“ oder „Kleene“, „große Weiße“. Es gab aber auch Leute, welche die Blonde nicht liebten und einer röllischen Färbung den Vorzug gaben. Der echte Weißbiertrinker blickt aber auf diese Himbeer-Leute, die ganz aus der Zeit geschlagen sind, mit Verachtung herab.

Während des Krieges ist die kühle Blonde aus der Mode gekommen. So nach und nach kommt sie wieder auf, aber ihre Popularität wie vor dem Kriege wird die Berliner Weiße wohl nie wieder erringen. Es ist ja auch jene breite Begehrtheit aus der Welt verschwunden, die sich so schön mit der „großen Weißen“ verhielt. Wenn der Vater dieses umfangreiche Ding mit dem über den Rand quellenden Schaum aus den Händen des Ganymeds empfing, um es am Tische herumwandern zu lassen, und die sechs oder acht Familienmitglieder sich daran ergöteten, so war das ein Anblick für „Fötter“. Heut — ach zu meine Güte! Heut wird ja die Weiße schon sauer, wenn sie an ihren eigenen Preis denkt.

Das Drolligste an der echten Berliner Weißen ist aber, daß sie gar keine Berlinerin ist. Ein Bismarck sagt, der echte Berliner stamme aus Polen oder aus Breslau. So steht es auch mit der echten Berliner Weißen, diesem obergärtigen Weizenbier, das vor etwa dreieinhalb Jahrhunderten von einem Hamburger erfunden wurde. Es ist, wie Emil Dominik feststellt hat, identisch mit dem „Halberstädter Bräu“, der um das Jahr 1574 von dem Bürger Westphal an der Ecke der Gerberstraße in Halberstadt ausgesetzt wurde und bald eine große Beliebtheit erlangte. In den Berliner Tagen aus dem Jahre 1740 heißt das Bier „Bräu“. Damals kostete das Quart 1 Groschen und 7 Pfennige, also 21 Pfennige. Heute kostet die „große Weiße“ 10 M. Den Namen Bräuhan verbannte es seinem Erfinder, dem hamburgischen Bierbrauer Conrad Bräuhan, der das Rezept — eine Mischung von Weizen- und Gerstenmalz ohne Zufuhr von Hopfen — zu dem Sud gab. Später ging man dazu über, das Bier aus reinem Weizenmalz herzustellen, was auch aus einer kaiserlichen Verordnung aus dem Jahre 1880 hervorgeht.

Der echte Berliner braucht sich aber durch diese Enthüllung nicht gekränkt zu fühlen. Nicht darauf kommt es an, wo zufällig ein Menschenkind oder eine Erfindung das Licht der Welt erblickt hat, sondern wo sie heimisch geworden und zur Berühmtheit gelangt sind. Es ist eben der Berliner, der die Bedeutung dieser annalen Halberstädter Erfindung entdeckt und sich mit der kühlen Blonde so innig vermischt hat. Die Halberstädter werden uns das nicht weiter übel nehmen — sie haben ja dafür andere Zehrentitäten — z. B. die Halberstädter Würstchen, die vielleicht in Berlin erfunden und in Halberstadt zur Berühmtheit gelangt sind. Deshalb das so ist, wissen wir nicht, und die Justiz verbietet es uns, darüber nachzudenken. — „Ober, ne kühle Blonde!“ — trotz alledem.

Berliner USP. und Einigung.

Ueber die Funktionärerversammlung der Berliner USP. Funktionäre veröffentlicht die „Freiheit“ einen ausführlichen Bericht, dem wir folgendes entnehmen:

Lebedour als Korreferent trat Levi scharf entgegen. Als Unabhängige, sagte er, werden wir nie in die Regierung kommen, das geben die Bürgerlichen nicht zu. Wir müssen erst Rechtssozialisten werden, um Minister werden zu können. Einseitiges Verhandeln mit der SPD. führe nicht zur Einigung, sondern zu neuer Zerspaltung. Sollte man sich mit Koske vereinigen, da mache er nicht mit. Lebedour beantragte eine Resolution, wonach die volle Selbständigkeit der USP. unbedingt aufrechterhalten werden muß.

In der Debatte bezeichnete Ulmer unter großem Tumult, der ihn zum Abtreten veranlaßte, Lebedours Rede als jämmerliche und kleinliche Demagogie. — Minister sprach gegen Koalition und Einigung. — Breitscheid erklärte, es gebe kein Zurück, die Unabhängigen müßten ihre Ideen aufrechterhalten, auch in der kommenden einheitslichen Gesamtpartei. — Hilferding sagte unter lebhaftem Beifall: „Der Parteitag muß die Einigung zur Wirklichkeit machen!“ — In gleichem Sinne sprachen Elsa Seger und Riefstahl. Dittmann erklärte, die verschiedene Behandlung, die die Bürgerlichen den Sozialisten beider Fraktionen zuteil werden lassen, zeige ihre Absicht, die Bewegung zu zersplittern und zu lähmen. Gerade deshalb sei die Zeit reif, um an die Einigung heranzutreten. (Stürmischer Beifall.)

In seinem Schlusswort sagte Lebedour: Die SPD. sei zur Verschmelzung noch nicht reif. Es könne Parteipflicht sein, die Disziplin zu brechen. — Levi wandte sich scharf gegen die Kommunisten und schloß: „Wir wollen die Einigung. Ob sie kommt, dazu hat jetzt das Wort die SPD.“

Die Resolution Lebedour wurde mit 1100 gegen 100 Stimmen abgelehnt und mit der gleichen Mehrheit die schon bekannte Resolution angenommen.

Danach ist anzunehmen, daß im Fall der Einigung eine kleine von Lebedour geführte Gruppe abspalten wird.

KPD-Opportunismus.

Die „Freiheit“ macht eine amüsante Feststellung: Die Kommunisten haben im Reichstag zwar gegen das Schutzgesetz gestimmt, dem ohne ihre Mitwirkung eine Zweidrittelmehrheit gefehlt war, aber für das Beamtengesetz, das gefährdet war und erst durch ihre Zustimmung Zweidrittelmehrheit erhielt. Gegen dieses Gesetz stimmten 135 Abgeordnete, dafür 278, darunter 12 Kommunisten. Diese haben sich also als „Sasager“ betätigt und das Kabinett Birch gerettet, also genau das Gegenteil, was sie den Unabhängigen vormerken. Auch sie sind ganz oberhalb Opportunisten.

Das hat unlängst die „Komm. Arbeiterzeitung“, das Organ der KPD, Berliner Richtung, schon festgestellt, als sie über den „Blut von Stinnes bis Koenen“ schrieb.

Bazille will Keil entlassen!

In der letzten Sitzung des Reichstags hat Genosse Keil den deutschnationalen Herrn Bazille gezeugt, wie er ist. Er hat damit ein Beispiel dafür geliefert, wie mitunter die Leute aussehen, die sich über die „Mishandlung der Republik“ beklagen. Nun haben Bazille und seine Freunde im Württembergischen Landtag den Antrag auf „Entlassung des Ministers Keil“ gestellt, weil dieser durch seine Enthüllung über die Praktiken Bazilles „sein Amt größtenteils mißbraucht“ habe. Ein Antrag, Bazille an Stelle Keils zum Minister zu machen, ist noch nicht gestellt. Aber das kommt wahrscheinlich noch!

Wahltag eines englischen Arbeiterkandidaten. Bei der Wahl für das Unterhaus im Wahlkreis Gower wurde einer „Eit-Europe“-Wahlung zufolge der Arbeiterkandidat Grenfell mit 13208 gegen den Koalitionliberalen William, der 9841 Stimmen erhielt, gewählt. Im Wahlkreis Northdown wurde zum Nachfolger des ermordeten Feldmarschalls Henry Wilson der frühere Generalkaplan der englischen Truppen in Frankreich Sims ohne Gegenkandidat gewählt.

„Prinz Don Juan.“ Im Thalia-Theater spielt sich die Operette eines neuen Mannes ab, unter vielem Beifall und Tacapos. Die Premieren draußen sind nicht anders als die in Berlin W., und die Operetten leider auch nicht. Dieses Genre ist uns verlorengegangen. Was heute bekannt, morgen gespielt, übermorgen Gastenbauer wird, gleicht sich in hundert Fällen wie ein Ei dem anderen. Der Komponist Corzilius sagt nach, was andere schon gesagt haben. Er tut es mit Ernst, Geschick und ohne Vorurteil, weiß in den rhythmischen Klängen der schon nicht mehr ganz neuen Länge Bescheid, singt auch eine freie lyrische Melodie, klappert alles in berühmten Klischees der Instrumente ab. Ein Schlager? Das „rotgelockte Mädchen“ mag dafür gelten. Vielleicht hätte der Musiker mehr hergegeben, mehr eigenes aus den Fingerspitzen hingelassen, wenn der Text (von Thiemann und Planzer) weniger nach Schauspiel und Tragödie als nach Lustspiel und Possen hingeliege. Die alte Wiener Operette sparte den Rührer und das große pathetische Moment für den zweiten Akt auf. Es passiert in Minuten so viel, mehr leidenschaftlich in Minuten gesehen könnte, und wir sind doch auf dieser Welt der begrenzten Möglichkeiten. Mehr Striche, mehr Tempo — und die lustigen Inszenierungen wirkungsvoller aus dem Meer des Theatralischen heraus. Auch dürfte es nicht schaden sein, wenn die Herrschaften auf der Bühne teils in Morgen-, teils in Abend- und Tageskostümen erscheinen, nur um zu zeigen, wieviel gute Schneider es in Berlin gibt. Gespielt wurde gut und flott und frisch. Der Prinz Don Juan, Erich Porensti (der sich schließlich als geachteter Sohn eines Milliardärs entpuppt, dessen Tochter er zum Glück hochzeitlich verlobt hatte), weitestgehend mit dem Detektiv Viktor Danger in der Rolle des unwiderstehlichen Liebhabers. Beide sangen gut, aber mit engem Kehlkopf. Fräulein Seiling zeigte gute Gesangs- und Bewegungsalüren, die keine Eise Böttcher Reizheit und Witz. Humorisch war der Vater Karl Platens, und allen voran trug er wohl wegen der vielen Zweideutigkeiten der treffliche Komiker Siegfried Arno zur Lust bei. Das Derbe schlug ein, und es ist zu erwarten, daß dieser Don Juan Glück bei allen Frauen und Männern hat. Kapellmeister Oswald Häuslein wirkte verdienstvoll am Pult und sang manche kleine Entgleisung geschickt auf.

Das Residenz-Theater brachte Sardous früher oft gespielte „Fedora“ mit Lilla Durieux in der Titelrolle. Einst, in den 60er und 70er Jahren und noch ein gut Stück in die 80er hinein, galten die Sardou, Dumas, Eugier, die Beherrscher der französischen Bühne, bei uns als jede Neuerer, als Vorposten einschiedener Modernität, die jenseits muffiger Theaterkonvention auf den breiteren Konsistenz der lebendigen Gegenwart behandeln wollten. Man überließ die Enge der Probleme, die Fädenheingigkeit der Charakteristik, des Theatralischen im Aufbau der Handlung, bis dann der junge Naturalismus, durch Zola im Roman und Ibsen im Drama repräsentiert, revolutionierend unvergleichlich weitere Perspektiven öffnete. Das Publikum selber lernte im Theater anders sehen und hören, und was man früher bewundernd angestaunt, erschien nun als geschminkte Unnatur, hinter der sich kalt berechnender Kalkül verbarg. Einen stärkeren Gegensatz als der zwischen Wien überall in dunkle seelische Tiefen hineinleuchtender Dialog, Hauptmanns in-

Erste Lage in Bayern.

Die Stellung der Parteien.

München, 21. Juli. (U.) Zur politischen Lage berichtet heute abend die bayerische Staatsregierung: Die Entscheidung über das Verhalten Bayerns den neuen Ausnahmegesetzen gegenüber ist heute noch nicht zu erwarten. Die Lage wird aber allgemein als heute ernst angesehen. Die beiden sozialistischen Landtagsfraktionen sowie die Landeszentrale der sozialdemokratischen Parteien Bayerns treten am Montag zu Besprechungen der politischen Lage in München zusammen. Das Organ der deutschen demokratischen Partei in Bayern, die „Süddeutsche demokratische Korrespondenz“, spricht die Forderung aus, daß die Republik-Schutzgesetze nun auch von Bayern ordnungsgemäß und loyal durchgeführt werden. In der offiziellen Entschlüsselung der demokratischen Partei heißt es: Der Landesauschuss der Deutschdemokratischen Partei in Bayern hat in seiner heutigen, aus allen Teilen Bayerns überaus reich besuchten Sitzung einstimmig die bisherige Haltung der demokratischen Landtagsfraktion gebilligt. Ebenso hat er einstimmig die von der Fraktion in der „Süddeutschen demokratischen Korrespondenz“ erlassene Kundgebung der gegenwärtigen politischen Lage gutgeheißen. Damit sind die Richtlinien auch für das weitere Verhalten der Fraktion und der Partei gegeben. Zum Verständnis dieser demokratischen Entschlüsselung ist anzufügen, daß in der erwähnten Kundgebung der demokratischen Landtagsfraktion gegen jede Politik Stellung genommen war, Bayern verfassungs- und wortschuldig zu machen, daß aber andererseits eine völlig unparteiliche Durchführung der neuen Gesetze gefordert wurde, so daß niemand in die Lage komme, über einseitige ausnahmsweise Benachteiligung zu klagen, und daß nicht in dem Gesetze ein Mittel zur Anebelung politischer Ueberzeugung und Gefinnung gesehen werde. Heute abend wird nun auch die Bayerische Mittelpartei (Deutschnationale Partei) noch zur Lage Stellung nehmen.

Landtagsauflösung und Regierungskrise?

München, 22. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Die Rechtsparteien des bayerischen Landtages mühen sich vergebens, eine Form zu finden, in der sie, ohne Auflösung Bayerns vom Reich, die landesgesetzliche Sabotage der Reichsschutzgesetze durchführen können. Die Bayerische Volkspartei stellt sich auf den Standpunkt, mit allen gesetzlichen Mitteln die Rechte Bayerns zu wahren, und die sogenannte Mittelpartei (Deutschnationale) verlangt von der Regierung, daß sie die Reichsregierung zwingen, ihre Gesetze unter allen Umständen einer Revision zu unterziehen. Eine Landtagsauflösung, die auch die Sozialdemokratie fordert, wie eine Umbildung der Regierungscoalition unter Ausscheiden der Demokraten und des Bauernbundes unter Einbeziehung der Deutschnationalen liegt im Bereich der Möglichkeit. Trotz aller Presseheißung bleibt die Bevölkerung in Stadt und Land vollkommen gleichgültig. Rote Plakate fordern in München zur Volksabstimmung auf. Ein Rundschreiben an die bayerische Geistlichkeit verlangt von den Landgemeinden, ungesäumt Protest nach München zu schicken, mit etwa folgenden Inhalts: „Nieder mit dem Schandgesetze, wir fordern von der Regierung unbedingte Ablehnung.“

Die Kulturhande von Niederschönenfeld.

München, 22. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Ueber den Strafverzug in Niederschönenfeld werden folgende Einzelheiten bekannt: Seit der Ermordung Rathenaus werden keine Zeitungen, auch keine bürgerlichen Zeitungen mehr an die Gefangenen abgegeben, so daß sie sich über das Reichsamnestiegesetz nicht informieren können. Die Zeitungskritiken über Tollers „Maschinenstürmer“ wurden dem Verfasser nicht ausgehändigt. Auch die Bitte, die Kritiken in ausgeglichener Form ihm zuzuwenden, wurde abgelehnt. Das Uebersehungsgesetz eines andern Dramas von Toller wurde beschlagnahmt. Ebenso die Glückwunschkarten der Aufhebung von Tollers „Maschinenstürmer“. Eine Beschwärde Mähjams an den Reichsjustizminister wurde beschlagnahmt, da das Reichsjustizministerium keine vorgelegte Behörde sei. Die Gefangenen werden wegen geringfügiger Disziplinärstrafen neuerdings in Zellen eingesperrt, die 1,50 Meter breit und 3,50 Meter lang sind.

dividualisierend farbenfatter Sprache und dem salonmäßigen Konversationsstil jener auf der anderen Seite ließ sich in der Tat kaum denken. Urteil und Empfinden schlug völlig um. Man gewöhnte sich, mit Käßeljuden von der Theatermode der Franzosen zu sprechen, und vergaß dabei, oft ungerührt, wie viel Talent trotz allem darin steckte.

In der „Fedora“ jongliert Sardous bewegliche Erfindungskraft mit der Figur einer russischen Fürstin, die den Geliebten durch ein Attentat verloren hat und nachsichtig sich zugeschworen, den nach Paris geflüchteten und unbekanntem Räuber den heimischen Gerichten zuzuführen. Sie entdeckt den Täter, denunziert ihn und bestiehlt die Höcker. In der Räuber ist kein Risiko, wie sie gemeint hat; er tötete den Schänder seiner häuslichen Ehre. Daraufhin verliebt sie sich in ihn und nimmt, als er am Ende doch erfährt, daß sie ihn denunziert hat, Gift! Man kann von der Geschichte kein Sterbenswürdiges glauben, doch die Begehrtheit, mit der der Autor die Karten mischt und für alle Menschen eine weiblichen Virtuosenrolle vorführt, hat etwas Unterhaltliches. — Lilla Durieux füllte den leeren Rahmen glänzend aus. Bewegung, Sprache, Mimik spiegelten das Auf und Ab der Leidenschaft so ausdrucksvoll bedeutungsvoll wieder, daß man stummweise das Erklügelte der Konstruktion darüber fast vergessen konnte. Selbst über den Theatercoup des Sterbens breitete sie einen Schimmer ernsthafter Natur. In der auch sonst wohlaustraglichen Darstellung sind insbesondere Eise Wafa als Fürstin Soularess und Waldemar Staegemann als der Verfolgte zu nennen. Wieder und wieder mußte die Durieux, von stürmischem Applaus gerufen, erscheinen. dt.

Ein verschwindender Berggipfel. Das Observatorium auf dem Gipfel des Pic du Midi, das in einer Höhe von 8500 Fuß liegt, ist einer Katastrophe zum Opfer gefallen. Eine Terrasse von Porphyrgestein, die die Spitze des Berges bildet, ist zusammengefallen. Die Ursache für diesen Zusammenbruch des Berggipfels liegt in der Bildung von Höhlen, die während des Winters wahrscheinlich entstanden sind, aber bisher mit Schnee gefüllt waren, der nun abschmilzt. Ein großer Teil des Observatoriumsgebäudes ist in die Höhlen gestürzt. Die Astronomen, die den Bau bewohnten, haben sich glücklicherweise retten können, und es sind bereits Ingenieure unterwegs, die untersuchen sollen, ob die noch lebenden Teile des Gebäudes gestützt werden können oder ob der ganze Gipfel so unterhöht ist, daß das Observatorium aufgegeben werden muß.

„Chuzbe“. In unserer gestrigen Abendnummer war von treudeutscher „Chuzbe“ die Rede. Einige Leser fragen uns, was das Wort bedeutet. „Chuzbe“ entstammt einer uralten, ehrwürdigen Sprache, die zahlreiche Ahnfrauen deutschstämmiger Adelsfamilien redeten, und bedeutet das Gegenteil von Bescheidenheit.

Irania-Porträts. Sonntag: „Die Insel Rügen“; Montag: „Unser schönes Riesengebirge“; Dienstag: „Die Schönheit der deutschen Landschaft“; Mittwoch u. Freitag: „Der Einheitsfilm“; Donnerstag: „Das schöne Schwabenland“; Sonnabend: Die malerische Warte.“ Die Gutenberg-Buchhandlung, Laurentienstr. 6, zeigt eine Ausstellung russischer Künstler: Robert Genien, Kandinsky, Igeljenski, Ragorio, Raerjon-Pringsheim.

